

Antrag 156/II/2019**KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AH Fraktion, Landesgruppe (Konsens)****Investitionspakt 2040! Investitionen anpacken, Wirtschaft und Wohlstand stärken, Finanzierung solidarisch und gerecht gestalten!**

1 Zur Stärkung von notwendigen Zukunftsinvestitionen
2 werden wir in enger Abstimmung mit Ländern und Kom-
3 munen einen Investitionspakt 2040 auflegen. Die Inves-
4 titionen des Bundes wollen wir regelmäßig und verläss-
5 lich von derzeit knapp 40 Milliarden Euro auf 60 Milli-
6 arden Euro jährlich steigern, so dass in den nächsten 20
7 Jahren alleine der Bund rund eine Billion Euro investie-
8 ren wird. Mit diesem langfristig angelegten Programm
9 schaffen wir Planungssicherheit für Bauwirtschaft und öf-
10 fentliche Verwaltung und investieren gleichzeitig in die
11 Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft: In Kindergärten,
12 Schulen und Universitäten, in Schiene, Straßen und Brü-
13 cken, in bezahlbare Wohnungen und eine moderne Ge-
14 sundheitsversorgung, in Klimaschutz und gute Internet-
15 versorgung, in technischen Fortschritt und innere und so-
16 ziale Sicherheit.

17
18 Notwendig ist ein solch groß angelegtes, langfristiges In-
19 vestitionsprogramm zum einen wegen der zu geringen In-
20 vestitionstätigkeit in den letzten 20 Jahren. Sie hat dazu
21 geführt, dass der öffentliche Kapitalstock vernachlässigt
22 wurde, statt ihn mit steigenden Anforderungen zu vergrößern.
23 Die Folge ist ein erheblicher Investitionsstau. Durch
24 den sichtbaren Verfall von Gebäuden und Infrastruktur
25 sind die physikalischen Schulden der Bundesrepublik bei-
26 spielsweise im Bildungsbereich auf 48 Milliarden, bei der
27 Schieneninfrastruktur auf 58 Milliarden und vor allem in
28 den Kommunen auf 138 Milliarden Euro angewachsen. Wir
29 werden deshalb auch eine große Investitionsbaustelle, die
30 Kommunal финанzen, angehen, indem wir unter anderem
31 die Altschulden der Kommunen verringern und eine struk-
32 turelle Verbesserung der Kommunalhaushalte erzielen.
33 Eine gute und funktionierende Infrastruktur ist auch eine
34 Frage der Verantwortung gegenüber künftigen Genera-
35 tionen. Wir wollen den nächsten Generationen ein mo-
36 dernes und zukunftsfähiges Land hinterlassen. Wir wollen
37 den Staat aber auch wieder in die Lage versetzen, über In-
38 vestitionen Entwicklungen anzustoßen, zu gestalten und
39 als Treiber für Innovationen zu agieren. Für große gesell-
40 schaftliche Herausforderungen wie die Energiewende, die
41 Digitalisierung, aber auch die demographische Entwick-
42 lung brauchen wir einen starken, handlungsfähigen Staat.

43
44 Deshalb wollen wir in Deutschland einen New Deal!
45 Klar ist: Die öffentliche Infrastruktur ist Teil der öffentli-
46 chen Daseinsvorsorge und damit Aufgabe der öffentli-

47 chen Hand. Privatisierungen oder sog. ÖPP-Projekte schei-
48 den als Lösung aus, weil sie die Hoheit über öffentliche
49 Güter in die Hände Weniger legen, aber auch, weil sie
50 letztlich für die Allgemeinheit teurer sind als eine kon-
51 ventionelle Finanzierung. Aber auch die kostet Geld. Der
52 dazu notwendige Beitrag muss auf die Bürgerinnen und
53 Bürgerinnen nach ihrer Leistungsfähigkeit verteilt wer-
54 den. Wir werden deshalb zum einen Spitzeneinkommen
55 und große Vermögen, die in den letzten Jahrzehnten mas-
56 siv entlastet wurden, wieder mehr zur Finanzierung der
57 notwendigen Investitionsmaßnahmen heranziehen, bei-
58 spielweise über einen angemessenen Steuersatz auf hohe
59 Einkommen, die Reaktivierung der Vermögensteuer und
60 durch eine effektive Besteuerung der 5 Prozent größten
61 Erbschaften. Gleichzeitig wollen wir durch Steuer- und
62 Abgabensenkungen für mittlere und geringe Einkommen
63 die Binnenkonjunktur stärken. Andererseits steht für uns
64 fest: Schwarze Null und Schuldenbremse sind kein finanz-
65 politisches Programm und kein eigenständiges Ziel. Sie
66 sind vielmehr an vielen Stellen volkswirtschaftlich kon-
67 traproduktiv und ein Hemmnis für notwendige Investi-
68 tionen. Gerade in Zeiten niedriger Zinsen und hohen Mo-
69 dernisierungsdrucks ist es im Sinne soliden, generationen-
70 gerechten Haushaltens und einer dringend erforderlichen
71 Modernisierung unseres Landes sinnvoll, die Investitions-
72 tätigkeit auch über die Möglichkeit der Kreditaufnahme
73 auszuweiten.

74

75 **Begründung**

76 In den letzten Jahrzehnten hatte sich weltweit die Idee
77 durchgesetzt, das freie Spiel der Kräfte in der Wirtschaft,
78 auf den Finanzmärkten, auf dem Arbeitsmarkt oder im
79 Sozialstaat, also die einfache Losung „Privat vor Staat“,
80 sei die Antwort auf die gesellschaftlichen Fragen des 21.
81 Jahrhunderts. Joseph E. Stiglitz, Wirtschaftswissenschaft-
82 ler und Nobelpreisträger, formuliert es deutlich: Dieses
83 neoliberale Modell ist spektakulär gescheitert. Und da-
84 mit auch die Idee der Privatisierung öffentlicher Daseins-
85 vorsorge, die Idee eines schwachen Staates, die Idee von
86 Schwarzer Null und Schuldenbremse als Ausdruck dieses
87 neoliberalen Modells.

88

89 Es ist kein Modell, das den Wohlstand breiter Bevölke-
90 rungsschichten hebt. Das zeigen die steigende soziale Un-
91 gleichheit, die gestiegenen Einkommens- und vor allem Ver-
92 mögensungleichheit trotz der wirtschaftlich sehr guten
93 Jahren, die Misere auf dem Wohnungsmarkt oder die im-
94 mer noch zu hohe Zahl an Kindern, die in Armut leben.
95 Und das zeigt sich auch an der viel zu geringen Investi-
96 onstätigkeit der öffentlichen Hand in den letzten 20 Jah-
97 ren.

98

99 Die statistischen Zahlen belegen dies eindrucksvoll: Seit

100 1992 sind die Nettobauinvestitionen der staatlichen Teil-
101 sektoren fast kontinuierlich zurückgegangen. Seit 2002
102 bis heute sind die Nettobauinvestitionen sogar negativ,
103 d.h. die getätigten Investitionen unterschreiten die Ab-
104 schreibungen auf öffentliche Güter, oder einfacher ge-
105 sagt: Die Bundesrepublik verzehrt öffentliches Eigentum
106 statt es auszubauen. Dabei müssen jedoch die einzelnen
107 öffentlichen Teilssektoren differenziert betrachtet werden:
108 Seit 2002 haben Bund und Länder zumindest in einigen
109 Jahren eine positive Nettoinvestitionsquote, größtes Sor-
110 genkind sind die Kommunen, die durchweg und vor allem
111 im Baubereich zu wenig investieren, um ihre Infrastruktur
112 zu erhalten. Daher rührt auch der mit 138 Milliarden Euro
113 sehr hohe kommunale Investitionsstau.

114

115 Den Investitionsstau, gerade auch im kommunalen Be-
116 reich, spüren und sehen die Bürgerinnen und Bürger: Jede
117 siebte Straßenbrücke in der Bundesrepublik wird als man-
118 gelhaft eingestuft, der öffentliche Nah- und Fernverkehr
119 ist über seine Kapazitätsgrenzen ausgereizt und zu wenig
120 ausgebaut, Schulen sind marode, Schwimmbäder wer-
121 den geschlossen, der Bestand öffentlicher Wohnungen
122 schrumpft. Die Menschen haben den Eindruck, dass für
123 Banken, Eurorettung und Geflüchtete Geld da war. Aber
124 der Staat scheint nichts dagegen zu unternehmen, wenn
125 Schulen oder Brücken marodieren, öffentliche Einrichtun-
126 gen schließen oder Kinder wegziehen müssen, weil vor Ort
127 keine vernünftige Hochschule vorhanden ist. Der Staat
128 und seine Infrastruktur aber müssen sichtbar sein! Und
129 wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen
130 auf allen Ebenen dafür sorgen, dass dies so ist. Dabei
131 muss verdeutlicht werden: Ein Investitionspakt 2040 ist
132 nicht nur sozial gerecht, er ist auch volkswirtschaftlich
133 sinnvoll und zwingend geboten, wenn wir in diesem Land
134 Zukunftsfähigkeit, ökologische Sicherung und soziale Ge-
135 rechtigkeit vereinen wollen. Das Sparen des Staates, aber
136 auch der Privatwirtschaft und der Bürgerinnen und Bür-
137 gern ist zu einem bedrohlichen Innovations- und Moderni-
138 sierungshemmnis geworden. Um nur ein Beispiel zu nen-
139 nen: Bei Gebäuden spielen auch qualitative Aspekte eine
140 große Rolle. Ein wichtiger Teil öffentlicher Gebäude sind
141 Bildungseinrichtungen. Studien haben eindeutig belegt:
142 Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem Zustand von
143 Lehrgebäuden und dem Lernerfolg. Deutschland braucht
144 für mehr Chancengleichheit, aber auch für bestmöglich
145 und universell ausgebildete Menschen moderne Lehrge-
146 bäude. Wir müssen raus aus der bildungspolitischen Krei-
147 dezeit! Gleiches gilt für Investitionen in mehr Umwelt-
148 und Naturschutz. Wir wollen die schwarze Null zu einer
149 Emissions-Null machen. Dazu sind jedoch massive Finanz-
150 mittel notwendig, die sich volkswirtschaftlich wie auch
151 für die Umwelt lohnen: Lieber finanzieren wir den Um-
152 bau unseres Waldes und eine schnelle Umsetzung von

153 umweltfreundlichen Zukunftstechnologien als die teuren
154 Emissionszertifikate, wenn die Bundesrepublik erneut die
155 Klimaziele verfehlt.

156 Schließlich ist eine Investitionsoffensive in Deutschland
157 auch für Europa gut! Wir müssen weniger „auf Pump“ ex-
158 portieren und Auslandsvermögen aufbauen, zumal in ei-
159 ner so unsicheren Zeit. Wir müssen mehr Geld zu Hause
160 ausgeben. Das steigert unsere Importe, senkt den Export-
161 überschuss und schafft Nachfrage in den anderen euro-
162 päischen Ländern.

163

164 Heute noch werden Gelder, die für Investitionen bereit-
165 stehen, teilweise nicht abgerufen. Dies ist einerseits Aus-
166 druck einer derzeit in ihren Kapazitäten ausgelasteten
167 Wirtschaft, vor allem im Bausektor. Aber vielmehr ist es
168 die Folge der geringen Investitionstätigkeit der letzten
169 Jahrzehnte. Zum einen haben vor allem Kommunen oft-
170 mals keine ausreichenden finanziellen Mittel und kei-
171 ne angemessene personelle Ausstattung im Planungsbe-
172 reich, um neue Bauvorhaben trotz staatlicher Finanzie-
173 rungshilfen zu stemmen. Zum anderen haben die Bau-
174 wirtschaft und die kommunalen Baubehörden in den letz-
175 ten 20 Jahren wegen einer geringen Auftragslage per-
176 sonelle und technische Kapazitäten zurückgefahren. Wir
177 müssen deshalb das Signal senden: Wir wollen und wer-
178 den über die nächsten 20 Jahre in die Modernisierung
179 unseres Landes investieren. Es lohnt sich, neue Kapazitä-
180 ten aufzubauen! Beispielsweise ökologische Verkehrssys-
181 teme wie die Schiene. So stärken wir einerseits den pro-
182 sperierenden Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftsstand-
183 ort Deutschland, andererseits tragen wir dazu bei, soziale
184 und ökologische Problemlagen zu lösen.

185

186 Dabei wollen wir auch kreative und neue Wege zur Über-
187 windung der Kapazitätsengpässe gehen. So wollen wir
188 Ausschreibungen für Bauprojekte in Deutschland auch für
189 Anbieter aus anderen EU-Ländern attraktiver machen. So
190 leisten wir auch einen Beitrag zur Vollendung des euro-
191 päischen Binnenmarkts und tun etwas für das Wachstum
192 in Europa insgesamt. Auf kommunaler Ebene unterstüt-
193 zen wir die Kooperation von Gebietskörperschaften, um
194 Synergien bei Planungs- und Genehmigungsprozessen zu
195 schaffen. Ein Beispiel dafür sind mobile „task forces“, die
196 flexibel und mit hohem Sachverstand im Auftrag der Kom-
197 munen konkrete Projekte vor Ort durchplanen und auf die
198 Straße bringen können.

199

200 Am Ende stellt sich die Gretchenfrage: Wie hältst Du´s mit
201 der Finanzierung?

202 Ein Blick auf die Verteilung der Steuerbelastung verdeut-
203 licht, dass Einkommen- und Unternehmensteuern zwar
204 progressiv ausgestaltet sind, Einkommenstärkere also bei
205 den direkten Steuern mehr zahlen als Empfänger mitt-

206 lerer und geringer Einkommen. Dies hat sich jedoch in
207 den letzten Jahrzehnten mit der Einkommen- und Unter-
208 nehmensteuerreform zugunsten Einkommenstarker ver-
209 ändert. Und dies gilt vor allem nicht für die gesamte Steu-
210 erbelastung. So werden kleine und mittlere Einkommen
211 durch indirekte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge
212 überproportional stark belastet – erinnert sei an die Um-
213 satzsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent bei gleichzeiti-
214 ger Absenkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkom-
215 mensteuer. Das heißt: Das deutsche Steuersystem ist weit
216 weniger progressiv, als viele es glauben machen, Spitzen-
217 verdiener und Vermögende werden zu Lasten von mittlere-
218 ren und unteren Einkommen geschont. Vor allem aber: die
219 Steuerlast verschiebt sich seit Jahrzehnten immer weiter
220 von Reich zu Arm. Die Steuerpolitik der letzten Jahrzehn-
221 te hat die gesellschaftlichen Gräben vertieft anstatt sie
222 zuzuschütten. Gleichzeitig wurden solidarische Versiche-
223 rungsansprüche wie Leistungen für Menschen in Arbeits-
224 losigkeit oder Rentenleistungen privatisiert und/oder ver-
225 ringert. Die gesellschaftliche Folge ist nicht zuletzt ei-
226 ne geringere Wahlbeteiligung der finanziell schwächeren
227 Schichten in Deutschland, die sich offenkundig ausge-
228 grenzt und nicht mehr gut vertreten fühlen.

229

230 Das müssen wir ändern. Wir brauchen eine investitions-
231 orientierte, stärker progressive Einnahmenpolitik. Zum ei-
232 nen, weil die Einkommens- und Vermögensungleichheit
233 in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen ist
234 und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft
235 gefährdet. Vor allem müssen starke Schultern aber nun
236 endlich wieder einen angemessenen Beitrag zur Finan-
237 zierung der notwendigen Modernisierung unseres Landes
238 beitragen. Dazu werden wir diejenigen Steuern, die eine
239 höhere Beteiligung von Spitzenverdienern, großen Kon-
240 zernen und Vermögenden gewährleisten, anheben. Da-
241 zu gehören unter anderem die Senkung des Einkommen-
242 steuersatzes für kleine und mittlere und eine angemesse-
243 ne Erhöhung für große Einkommen, eine effektive Min-
244 destbesteuerung internationaler Konzerne und ein stär-
245 kerer Beitrag der 5 Prozent reichsten Erben. Erinnert sei
246 hier an Spitzensteuersätze unter Bundeskanzler Konrad
247 Adenauer von 63,45 % (1955) oder Helmut Kohl von 56 %.
248 Die zusätzlichen Mittel wollen wir neben der Verwendung
249 für Zukunftsinvestitionen auch für die Entlastung unterer
250 und mittlerer Einkommen bei der Einkommensteuer nut-
251 zen. Dies stärkt die Binnennachfrage und schafft so neue
252 Arbeitsplätze.

253

254 Die gerechtere Verteilung und Verbesserung der steuer-
255 lichen Einnahmenseite wird jedoch nicht ausreichen, die
256 großen Investitionsschulden abzutragen. Deshalb ist klar:
257 Die Zeiten von Schwarzer Null und Schuldenbremse müs-
258 sen nun vorbei sein. Sie waren und sind ein Ausdruck tie-

259 fen Misstrauens gegenüber der Politik, sie besaßen je-
260 doch von Beginn an keinen positiven Nutzen für die Volks-
261 wirtschaft oder die öffentlichen Haushalte. Im Gegen-
262 teil: Schwarze Null und Schuldenbremse werden immer
263 mehr zu einem Hemmnis für die notwendigen Investitio-
264 nen in unserem Land. Wir wollen mit einer solidarischen,
265 generationengerechten und volkswirtschaftlich vernünftigen
266 Wirtschafts- und Finanzpolitik Vertrauen zurückge-
267 winnen.

268

269 In einem ersten, kurzfristig umzusetzenden Schritt wol-
270 len wir die derzeit 40 Milliarden Euro, die im Bundeshaus-
271 halt für Investitionen vorgesehen sind und die wir auf 60
272 Milliarden erhöhen wollen, in einen Investitionshaushalt
273 einbringen, der sich über die Ausgabe von Staatsanlei-
274 hen finanziert. Hierbei müssen kurzfristig Finanzierungs-
275 lösungen gefunden werden, die mit der derzeit noch gel-
276 tenden Rechtslage (insbesondere Art. 109 GG – die Schul-
277 denbremse) umsetzbar sind. Die Einrichtung von staatli-
278 chen Gesellschaften zur Modernisierung und zum Ausbau
279 der Infrastruktur kann hierbei eine wichtige Rolle spie-
280 len. Sie sollen das Eigentum an bestimmten staatlichen
281 Vermögensgegenständen (wie Autobahnen oder Gebäu-
282 den) verwalten und bilanzieren dürfen und zudem eine Er-
283 mächtigung zu staatlich verbürgter Verschuldung erhal-
284 ten. Durch die Bilanzierbarkeit des öffentlichen Vermö-
285 gens entsteht keine Netto-Verschuldung im Sinne des Art.
286 109 GG. Es muss dabei stets sichergestellt sein, dass die-
287 se Infrastrukturgesellschaften zu hundert Prozent in öf-
288 fentlichem Besitz bleiben. Ausgeschlossen wird eine Pri-
289 vatisierung öffentlicher Infrastruktur über public-private-
290 partnerships (PPP).

291 Durch die staatlichen Garantien haben die Infrastruktur-
292 gesellschaften Zugriff auf dieselben Finanzierungsbedin-
293 gungen wie der Bund. Die 30-jährigen Staatsanleihen des
294 Bundes haben derzeit einen Zins von 0 Prozent. Bei ei-
295 ner jährlichen Inflation von etwa 1,5 Prozent bedeutet das,
296 dass der Staat in 30 Jahren für jeden geliehenen Euro bloß
297 noch einen realen Gegenwert von etwa 66 Cent zurück-
298 zahlen muss. Bei diesem Zinssatz könnte der Bund mit
299 einer jährlichen Tilgung von 3,3 Prozent sogar das Risi-
300 ko einer Anschlussfinanzierung komplett ausschließen –
301 so hoch war vor nicht allzu langer Zeit alleine der Zins-
302 satz, heute sind es Zins und Tilgung. Diese Potentiale nicht
303 zu nutzen, um langfristig zu investieren und eine welt-
304 weit exzellente Infrastruktur aufzubauen, ist finanzwirt-
305 schaftlich unverantwortlich und eine schwere Belastung
306 für künftige Generationen.

307

308 Die durch den Investitionshaushalt frei werdenden Fi-
309 nanzmittel im Kernbereich des Bundeshaushalts wollen
310 wir dazu nutzen, eine weitere große Investitionsbaustel-
311 le anzugehen: die Kommunalfinanzen. Wie aktuelle Stu-

312 dien mit anschaulichen Zahlen belegen, liegt ein großer
313 Teil des Investitionsstaus bei den Kommunen. Durch ho-
314 che Pflichtaufgaben, teils fehlender Konnexität vergange-
315 ner politischer Entscheidungen und struktureller Defizite
316 waren und sind viele Kommunen gezwungen, an den sog.
317 freiwilligen Leistungen zu sparen. Darunter fallen auch
318 die Ausgaben für Instandhaltungsmaßnahmen und In-
319 vestitionen in die Verkehrsinfrastruktur, Bildungseinrich-
320 tungen oder öffentlichen Wohnungsbau. Wenn wir unser
321 Land modernisieren, sozial gerecht gestalten und zu gro-
322 ße regionale Ungleichheiten abbauen wollen, muss die
323 Finanzierung der Kommunen strukturell verbessert wer-
324 den. Außerdem müssen in einer konzertierten Aktion des
325 Bundes und der Länder die kommunalen Altschulden ge-
326 tilgt werden. Kurzum: Wir wollen mit den frei werdenden
327 Haushaltsmitteln die Altschulden der Kommunen verrin-
328 gern und eine strukturelle Verbesserungen der Kommu-
329 nalhaushalte erzielen, indem der Bund bisherige kom-
330 munale Pflichtaufgaben dauerhaft finanziert. Wir werden
331 den Investitionspakt zusätzlich verbinden mit einer Stär-
332 kung guter Löhne über die Stärkung der Tarifbindung: Nur
333 Unternehmen, die nach Tarif bezahlen, erhalten öffentli-
334 che Aufträge von Bund, den Ländern oder den Kommunen.
335 Die CDU bzw. CSU-geführten Bundesländer Sachsen und
336 Bayern verweigern ein solches Tariftreugesetz bis heute.
337
338 Letztlich ist aber klar: Wir wollen eine Vorgabe der Verfas-
339 sung nicht dauerhaft mit gesonderten Investitionshaus-
340 halten und staatlichen Infrastrukturgesellschaften umge-
341 hen. Wenn wir erkannt haben, dass Schwarze Null und
342 Schuldenbremse keinen Nutzen haben, sondern vielmehr
343 Hemmnisse sind, ist es an der Zeit, von diesen Instrumen-
344 ten Abschied zu nehmen. Das langfristige Ziel ist also eine
345 grundsätzliche Reform der Schuldenbremse im Grundge-
346 setz, so dass staatliche Investitionsausgaben grundsätz-
347 lich über Kredite finanziert werden dürfen – so wie es öko-
348 nomisch vernünftig und gerecht ist.
349
350 Wir stellen dabei klar: Schulden sind nicht per se gut, sie
351 sind aber vor allem nicht per se schlecht. Sie müssen so
352 eingesetzt werden, dass sie volkswirtschaftlich sinnvoll
353 sind. Wir orientieren uns dabei an den vielen neueren Er-
354 kenntnissen und Empfehlungen deutscher und interna-
355 tionaler Ökonomen und Ökonomen. Die schwäbische
356 Hausfrau und ihr Spardogma sind selbst für Privathaush-
357 halte unzutreffend. Auch ein Privathaushalt tut gut daran,
358 eine langfristige Investition wie z.B. eine Immobilie mit ei-
359 nem Kredit zu finanzieren. Für eine Volkswirtschaft ist der
360 Verzicht auf kreditfinanzierte Investitionen in die Zukunft
361 langfristig verheerend.
362
363 Die Zeit für den Investitionspakt 2040 könnte günstiger
364 nicht sein. Er muss jetzt unverzüglich auf den Weg ge-

365 bracht werden. Das gilt nicht nur wegen der aktuell ä-
366 ßerst günstigen Zinskonstellation. Zudem mehren sich die
367 Anzeichen einer drohenden Rezession. Zwar ist der Inves-
368 titionspakt keineswegs bloß ein Instrument der antizykli-
369 schen Konjunkturpolitik, sondern es geht ganz klar um ei-
370 ne langfristig und strukturell ausgerichtete Wachstums-
371 politik. Trotzdem können die zusätzlich geplanten Inves-
372 titionen auch kurzfristig einen wichtigen konjunkturellen
373 Impuls setzen – zumal in einem möglichen Abschwung
374 sich die Auslastung der Kapazitäten (auch in der Bauwirt-
375 schaft) wieder entspannen dürften.

376

377 Im Kern geht es beim Investitionspakt 2040 um langfristi-
378 ges, nachhaltiges und sozial ausgewogenes Wirtschaftswachstum: gute Arbeitsplätze mit guten Löhnen, eine fai-
379 re Verteilung der steuerlichen Lasten und eine exzellente
380 staatliche Infrastruktur in der gesamten Breite des Landes
381 – für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Unterneh-
382 men.
383